

BANGLADESCH-CHRONIK

Menschenrechte:

- (siehe auch: Todesstrafe, Innere Sicherheit/Polizei, Medien/Pressefreiheit, indigene Bevölkerungsgruppen außerhalb der CHT, Frauen, Kinder, Rohingya, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)
17. August 2021 Etwa fünf Monate, nachdem schwere Vorwürfe laut wurden, israelische Spionagesoftware werde in Bangladesch vom Rapid Action Battalion (RAB) genutzt, um Andersdenkende auszuschalten, erklärt die Herstellerfirma Cellebrite, dass sie die Geschäftsbeziehungen nach Bangladesch beendet habe.
24. August 2021 Die in London ansässige internationale Anwaltskanzlei Guernica 37 wendet sich an das britische Außenministerium, damit Sanktionen gegen sechs führende Mitglieder der Regierung Bangladeschs und neun Beamte des RAB wegen ihrer mutmaßlichen Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen und Korruption verhängt werden. In ihrer Pressemitteilung erklärt Guernica 37, dass sie den Antrag beim britischen Außen-, Commonwealth- und Entwicklungsministerium im Rahmen der Global Human Rights Sanctions Regulations 2020 gestellt habe. Bei den genannten Tätern handelt es sich um derzeitige und ehemalige hochrangige Offiziere des RAB. Als hochrangige RAB-Offiziere seien alle genannten Personen für Hunderte außergerichtliche Tötungen, gewaltsames Verschwindenlassen und Folter verantwortlich. Seit 2015 hätten RAB-Beamte mehr als 440 außergerichtliche Tötungen begangen, mit einem dramatischen Anstieg seit dem "Krieg gegen die Drogen", der vor den Wahlen 2018 begann. Die RAB behauptet oft, dass diese Todesfälle im "Kreuzfeuer" geschehen, obwohl Tonaufnahmen und Aussagen von Familien und Zeugen bewiesen, dass die Beamten die Opfer hinrichten und die Tatorte inszenieren würden. Dem RAB wird auch vorgeworfen, Gefangene gewaltsam verschwinden zu lassen und zu foltern, oft um Geständnisse zu erzwingen.
31. August 2021 In einem Video berichtet Amnesty International über das Schicksal von Suman Miah. Er stammte aus Bangladesch und war Bauarbeiter; sein Arbeitsort in Katar. Am 29. April 2020 verstarb er dort im Alter von nur 34 Jahren an einem plötzlichen Herzinfarkt, nachdem er eine lange Schicht bei Temperaturen von bis zu 38° C absolviert hatte. Die Summe, die die Familie nach seinem Tod erhielt, deckte gerade mal die Schulden, die sie für die Anwerbegebühren machen musste. Amnesty International fordert, Katar soll alles dafür tun, damit es auf den Baustellen zur WM nicht zu weiteren Menschenrechtsverletzungen und Todesfällen kommt. Auch seine Familie fordert in dem Video Antworten auf Fragen zu Sumans Tod.
7. September 2021 Bei 32 Personen, die unter dem Digital Security Act verfolgt wurden, wurde die Anklage fallengelassen - nicht dabei der Fotojournalist Shafiqul Islam Kajol. Ihm droht in Bangladesch nach einem Facebook-Post sieben Jahre Haft. Auch das Verfahren gegen ihn muss sofort und bedingungslos zurückgenommen werden, fordert Amnesty International.

8. September 2021 Human Rights Watch beklagt, dass Hunderte seit 2009 in Bangladesch verschwunden sind. "Trotz eindeutiger Beweislage unternehmen die Behörden nichts", klagt die Menschenrechtsorganisation.
9. September 2021 Seit etwas mehr als vier Jahren leben etwa 800.000 geflüchtete Rohingya in Flüchtlingslagern in Bangladesch. Es wird Zeit, dass die Kinder Zugang zu gleichwertiger Bildung erhalten, fordert Amnesty International.
16. September 2021 Die Asian Human Rights Commission beklagt in einer Eingabe an den UN-Menschenrechtsausschuss, dass Bangladesch fortwährend Menschen unter Missachtung der Gesetze in Haft hält. Die Justiz des Landes sei nicht unabhängig.
21. September 2021 Die Bill & Melinda Gates Foundation ehrt die diesjährigen Preisträger*innen ihres Global Goalkeeper Award. Der Changemaker Award 2021, mit dem eine Person ausgezeichnet wird, die signifikante Veränderungen angestoßen hat, geht an Fairouz Faizah Beether aus Bangladesch. Sie ist die Mitbegründerin der Moner School, einer Online-Plattform, deren Ziel es ist, das Bewusstsein für psychische Gesundheit zu schärfen und landesweit einen gleichberechtigten Zugang zur psychiatrischen Versorgung zu gewährleisten.
22. September 2021 Der Digital Security Act schränkt die Meinungsfreiheit in Bangladesch massiv ein. Betroffen sind Journalist*innen, Karikaturist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und alle, die sich kritisch über die Regierung äußern. Amnesty International erinnert die Regierung an ihre Verpflichtung, die Meinungsfreiheit zu verteidigen.
1. Oktober 2021 Amnesty International beklagt, dass die Regierung von Bangladesch den Verpflichtungen, die sie selbst gegenüber dem UN-Menschenrechtsrat eingegangen ist, nicht nachkommt. Das Recht auf Meinungsfreiheit werde kontinuierlich verletzt.
10. Oktober 2021 Mohib Ullah (48), Sprecher der Arakan Rohingya Society for Peace and Human Rights, ist in seinem Büro im Flüchtlingslager von Kutupalong erschossen worden. Weltweit war er für die Rechte der Rohingya eingetreten und hatte gefordert, dass nicht nur über die Rohingya, sondern auch mit ihnen gesprochen werde. Amnesty International fordert die Behörden Bangladeschs auf, die Täter zu ermitteln und vor Gericht zu stellen. Außerdem müssen dringend Maßnahmen ergriffen werden, um die Geflüchteten zu schützen. Vor Ort wird die Rebellengruppe Arsa für die Tat verantwortlich gemacht.
12. Oktober 2021 Neben Amnesty International fordert auch die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die Behörden in Bangladesch dringend auf, die Mörder von Mohib Ullah, einem Menschenrechtsaktivisten und Sprecher der Rohingya-Flüchtlinge, zu ermitteln. Auch die Vereinten Nationen sollten für Sicherheit in den Flüchtlingscamps Sorge tragen.
21. Oktober 2021 Amnesty International fordert die Behörden in Bangladesch in einem umfangreichen Bericht dringend auf, Angehörige der religiösen Hindu-Minderheit gegen Angriffe zu schützen, Ermittlungen gegen die Täter konsequent führen und die Verantwortlichen in fairen Verfahren zur Rechenschaft ziehen.

4. November 2021 Das geplante "Personal Data Protection Bill" wird nach Ansicht der Asian Human Rights Commission (AHRC), anders als der Titel nahelegt, nicht die persönlichen Daten der Menschen in Bangladesch schützen. Im Gegenteil bedrohe es jene, die sich kritisch über die Behörden und die Regierung äußern noch weiter.
13. November 2021 Familien von gewaltsam verschwundenen Personen in Dhaka und anderswo berichten, dass die Polizei in den letzten Tagen ihre Häuser aufgesucht habe, um sie zu zwingen, die Polizeiversionen ihrer Vermisstenaussagen zu unterschreiben. Bei einer Weigerung seien sie schikaniert worden. Vertreter der Polizei weisen die Anschuldigungen zurück. Die Polizei hat damit begonnen, Familien von Verschwundenen zu besuchen, nachdem Justizminister Anisul Huq am 30. Dezember 2021 erklärt hatte, die Regierung untersuche jeden der 76 Fälle, die bei der Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden anhängig sind. Der Generalinspekteur der Polizei, Benazir Ahmed, behauptete jedoch in einem Interview mit einem privaten Fernsehsender im Dezember 2021, nachdem die USA Sanktionen gegen ihn und sechs weitere Personen verhängt hatten, dass sie von den Vereinten Nationen eine Liste mit 20 Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen erhalten hätten und die Opfer in ihren jeweiligen Häusern gefunden hätten. Im Bericht der Arbeitsgruppe, der am 6. Dezember veröffentlicht wurde, erklärten die Vereinten Nationen, dass "Vorwürfe des Verschwindenlassens, insbesondere durch Mitglieder der RAB, unverzüglich untersucht und die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt werden sollten". Etwa 600 Menschen sind seit 2009 verschwunden, so die WGEID unter Berufung auf Quellen. Die meisten von ihnen wurden entweder freigelassen oder als Festgenommene vor Gericht gestellt, aber Dutzende tot aufgefunden. Die Quellen beziehen sich auf 86 dokumentierte Fälle, in denen das Schicksal und der Verbleib der Opfer unbekannt bleiben", so der WGEID-Bericht. Die Menschenrechtsorganisation Ain o Salish Kendra prangert die Taktik der Polizei an, Familienangehörige von Verschwundenen zu zwingen, die Polizeiversionen über deren Verschwinden zu bestätigen. Ebenso Mahmudur Rahman Manna, der Vorsitzende von Nagorik Oikyo.
- 13./14. Nov. 2021 Ein wichtiges Thema bei einem (virtuellen) Treffen der Amnesty-Ländergruppen ist der weltweite Klimawandel. Die Folgen der Erwärmung sind in Bangladesch schon seit vielen Jahren zu spüren.
16. November 2021 In Katar arbeiten im Vorfeld der Fußball-WM 2022 auch viele Migrant*innen aus Bangladesch. Ihnen werden nach wie vor grundlegende Menschen- und Arbeitsrechte vorbehalten, stellt Amnesty International in einem aktuellen Reality Check fest.
1. Dezember 2021 Amnesty International appelliert an die Regierung Bangladeschs, Die 17-jährige Dipti Rani Das freizulassen. Sie ist Hindu und seit 28. Oktober 2020 in Haft. Grund war ein Facebook-Post. Aufgrund des drakonischen Digital Security Act drohen ihr sieben Jahre Haft.
10. Dezember 2021 Zwölf Menschenrechtsorganisationen fordern die Vereinten Nationen auf, Mitglieder des bangladeschischen Rapid Action Battalion (RAB) von US-Missionen auszuschließen.
13. Dezember 2021 Der High Court in Bangladesch lehnt es ab, das auf Basis von Section 57 des Information and Technology Act (ICT) angestrebte Verfahren gegen Shahidul Alam abzuweisen. Amnesty International ist solidarisch

mit dem Fotografen und gegen die Einschränkungen der Meinungsfreiheit.

19. Dezember 2021 Die Nationale Menschenrechtskommission kritisiert auf einer Pressekonferenz die Vereinigten Staaten scharf dafür, dass sie Sanktionen gegen das Rapid Action Battalion und sieben seiner ehemaligen und derzeitigen Kommandeure verhängen, und erklärt, dass die Entscheidung möglicherweise "politische Absichten" verfolge. Das US-Finanzministerium verhängte am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, individuelle Sanktionen gegen sieben ehemalige und gegenwärtige hochrangige RAB-Beamte. Die Verbote erfolgten nach weit verbreiteten Vorwürfen schwerer Menschenrechtsverletzungen in Bangladesch durch die RAB unter der Führung dieser Beamten. Die Kommission betont, sie sei strikt gegen außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen und andere Formen von Menschenrechtsverletzungen.
17. Januar 2022 Die britische Sektion von Amnesty International startet eine eigene Onlinepetition für die Freilassung von Dipti Rani Das. Die 17-jährige junge Frau, Mitglied der Hindu-Gemeinschaft, wurde am 28. Oktober 2020 wegen eines angeblich blasphemischen Facebook-Posts unter Berufung auf den Digital Security Act (DAS) in Bangladesch inhaftiert.
31. Januar 2022 Masud Bin Momen, Außenminister von Bangladesch, kündigt eine neue Behörde in seinem Ministerium an. Sie soll sich um Beschwerden wegen Menschenrechtsverstößen kümmern.
8. Februar 2022 Das Asian Forum for Human Rights and Development fordert in seiner Stellungnahme an den UN-Menschenrechtsrat, dass die fortdauernden schweren Menschenrechtsverletzungen in Bangladesch endlich beendet werden. Dabei geht es vor allem um Straflosigkeit für Folger und extralegale Hinrichtungen, um Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen und um Fälle von Verschwundenen.
15. Februar 2022 In ihrem Jahresbericht über die Menschenrechtssituation in Bangladesch erhebt Human Rights Watch (HRW) schwere Vorwürfe gegen die Behörden, Sicherheitskräfte und die Regierung. Menschenrechtsverteidiger*innen würden überwacht, mit politisch motivierten Anklagen überzogen und willkürlich inhaftiert. Dabei nutze die Regierung den Digital Security Act (DSA), um jede abweichende Meinungsäußerung zu unterbinden. Obwohl Bangladesch mit am meisten unter dem Klimawandel leide, halte die Regierung vom Grundsatz her an ihren Projekten zur Kohleverstromung fest. Dies belastet nicht nur das Klima, sondern auch die Gesundheit der lokalen Bevölkerung, stellt HRW fest. Mehr als 200 Frauen seien 2021 von ihren Ehemännern oder deren Familien umgebracht worden. Vergewaltigung und sexueller Missbrauch werde von der Regierung nicht konsequent verfolgt.

Aufarbeitung der Kriegsverbrechen von 1971:

23. September 2021 In Genf fordern das European Bangladesh Forum (EBF) und die Switzerland Human Rights Commission Bangladesh die UN auf, die Ereignisse von während des Befreiungskrieges in Bangladesch 1971 als Völkermord anzuerkennen.

16. November 2021 Anlässlich eines Besuchs des britischen Ministers Lord Tariq Ahmad fordert Außenminister Abdul Bin Momen die Auslieferung von in Bangladesch verurteilten Kriegsverbrechern von 1971. Namentlich nennt er den in England lebenden Muslim-Anführer Chowdhury Mueen-Uddin und Ashrafuzzaman Khan, der in den USA lebt.
16. Dezember 2021 Bangladesch erinnert anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung an die ermordeten und vergewaltigten Männer und Frauen im Unabhängigkeitskrieg 1971.

Todesstrafe:

6. Juli 2021 Die Berufungskammer des Obersten Gerichtshofs wandelt die Todesurteile gegen zwei Verurteilte in unterschiedlich lange Freiheitsstrafen um, weil die Ermittlungen in den Mordfällen in Barishal und Rajshahi fehlerhaft gewesen seien. Die Morde datierten 2007 bzw. 2014.
12. Juli 2021 Die Berufungskammer des Obersten Gerichtshofs wandelt die Todesstrafe gegen einen wegen Mordes Verurteilten in eine lebenslange Haftstrafe um. Er war 2008 in Abwesenheit verurteilt worden, weil er im Jahr 2006 seine erste Frau getötet haben soll.
17. August 2021 In Gaibandha verurteilt ein Gericht einen Mann wegen seiner Beteiligung am Heroinhandel zum Tode. Drei weitere Angeklagte werden auf Kaution freigelassen. Der Mann war Busassistent und zusammen mit dem Aufseher und dem Fahrer 2018 von einem RAB verhaftet wurde.
18. August 2021 Die Berufungskammer des Obersten Gerichtshofs bestätigt das Todesurteil gegen einen erwachsenen Mann und verwandelt die Todesstrafe gegen drei weitere Männer in lebenslange Haft, da diese zum Zeitpunkt der Tat zwischen 13 und 17 Jahre alt gewesen seien. Sie wurden für schuldig befunden, im März 2004 ein 13-jähriges Mädchen in Daulatpur in Kushtia vergewaltigt und getötet zu haben.
31. August 2021 Sechs Islamisten werden für den fünf Jahre zurückliegenden Mord an den beiden LGTI-Aktivisten Xulhaz Mannan, Chefredakteur des ersten bangladeschischen Homosexuellen-Magazins Roopban, und seines Freundes und Mitstreiters Mahbub Rabby Tonoy zum Tode verurteilt. Mitglieder der terroristischen Gruppe Ansar al-Islam töteten die Aktivisten im April 2016 in ihrer Wohnung zu Tode gehackt, sagte der am Dienstag. Zwei der verurteilten Islamisten - darunter der frühere Armeeoffizier Syed Ziaul Haque Zia - seien noch auf der Flucht, berichtet Anklagevertreter Golam Sarwar Khan Zakir. Weitere Angeklagte wurden mangels Beweise freigesprochen. Der Verteidiger sagte, dass er das Urteil an einem höheren Gericht anfechten werde. Ansar al-Islam ist nach eigenen Angaben mit Al-Kaida verbunden. Zum Tode verurteilt wurden daneben auch Akram Hossain, Md Mozammel Hossain alias Saimon, Md Sheikh Abdullah, Arafat Rahman, and Asadullah.
14. September 2021 In Satkhira verurteilt ein Gericht einen Mann aus Khalisha im Kalaroa Upazila zum Tode. Er wird schuldig gesprochen, am 14. 10. 2020 seinen älteren Bruder, dessen Frau und deren gemeinsame Kinder erstochen zu haben.

24. Oktober 2021 Im Prozess um den Mord an dem 24-jährigen Studenten Abrar Fahad plädiert die Staatsanwaltschaft vor einem Schnellgericht in Dhaka dafür, alle 25 Angeklagten zum Tode zu verurteilen. Mitstudenten und die Universitätsbehörden fanden Abrar Fahad auf der Treppe im ersten Stock der Sher-e-Bangla Hall und brachten ihn ins Dhaka Medical College Hospital, wo die Ärzte ihn am 7. Oktober 2019 für tot erklärten. Angeblich wurde er von einigen Führern der Chhatra League wegen seiner Beiträge auf Facebook zu Tode geprügelt.
18. November 2021 Nach Angaben des Innenministeriums sitzen in Bangladesch derzeit mehr als 2000 zum Tode Verurteilte im Gefängnis. Zwischen 1976 und 2016 wurden 485 Verurteilte hingerichtet, wobei die meisten Hinrichtungen mit 320 im Jahr 1977 vollstreckt wurden.
- Charles Whiteley, EU-Botschafter in Bangladesch, äußert bei einem Treffen mit der Nationalen Menschenrechtskommission in Dhaka seine Besorgnis über die fortgesetzte Praxis der Todesstrafe und den Digital Security Act 2018. NHCR-Beamte sagen, der EU-Botschafter und der Vorsitzende der NHRC hätten eine breite Palette von Themen erörtert, vor allem im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt, den Rechten von Menschen mit Behinderungen, Kindern und homosexuellen, bisexuellen und transsexuellen Menschen.
23. November 2021 Der Oberste Gerichtshof bestätigt die Todesstrafe für Salauddin Salehin, einen Extremisten der verbotenen JMB, der 2004 wegen der Ermordung von Goni Gomez aus Jamalpur verurteilt worden war. Seit dem Jahr 2015 befindet er sich auf der Flucht.
2. Dezember 2021 Der Oberste Gerichtshof bestätigt die Todesstrafe für zwei Verurteilte und die lebenslange Haftstrafe für einen weiteren Verurteilten. Sie waren schuldig gesprochen worden, vor 22 Jahren in Narayanganj ein Kind vergewaltigt und getötet hatten.
- Das Bezirksgericht 2 in Dhaka verurteilt 13 Menschen zum Tode und 19 weitere zu lebenslanger Haft im Fall der Ermordung von sechs Studenten in Aminbazar in Dhaka in der Nacht des Shab-e-Barat im Jahr 2011. Richterin Ismot Jahan spricht 25 der 57 Angeklagten frei. 13 Verurteilte sind flüchtig.
8. Dezember 2021 Ein Gericht verurteilt 20 frühere Mitglieder der Bangladesh Chhatra League zum Tode, weil sie den Elektroingenieur-Studenten Abrar Fahad am 6. Oktober zu Tode geprügelt haben sollen. Fünf weitere seien zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt worden, sagte Staatsanwalt Mosharraf Hossain Kajal nach der Urteilsverkündung. Der ermordete Student hatte vor rund zwei Jahren in einem Facebook-Post ein Abkommen Bangladeschs mit Indiens kritisiert. Nach der Ermordung des Studenten hatte es landesweite Proteste gegeben. Die Verurteilten waren zum Tatzeitpunkt im Oktober 2019 ebenfalls Studenten und Mitglieder der BCL, des Studentenflügels der Awami League. Drei Männer seien noch auf der Flucht.

Justiz/Gefängnisse:

(siehe: Meinungsfreiheit)

Militär/Rapid Action Battailon:

(siehe auch: Menschenrechte, Chittagong Hill Tracts)

10. Dezember 2021 Die USA verhängen Sanktionen gegen sieben führende Mitglieder des Rapid Action Battailon (RAB). Sie werfen ihnen vor, in Entführungen und extralegale Hinrichtungen verwickelt zu sein.

Innenpolitik:

(siehe auch: Kampf gegen Korruption, Religionen)

17. August 2021 Mehrere Dutzend Führer und Aktivisten der oppositionellen Bangladesh Nationalist Party (BNP) werden bei einem Zusammenstoß zwischen Parteimitgliedern und der Polizei im Chandrima Udyan in Dhaka verletzt, davon mehrere durch Schüsse. Die Polizei nimmt mehr als 40 BNP-Aktivist*innen vor Ort fest und. Der Vorfall ereignet sich, als die neu gewählten Vorsitzenden der nördlichen und südlichen Einheiten von Dhaka City zusammen mit Aktivist*innen Kränze am Grab des verstorbenen BNP-Gründers Ziaur Rahman niederlegen wollen.

27. Oktober 2021 In Siraganj und Rajshahi werden bei Zusammenstößen zwischen der Polizei und Mitgliedern der Juba Dal, des Jugendverbandes der BNP, während Veranstaltungen zum Gründungstag des Juba Dal 26 Menschen verletzt.

31. Oktober 2021 Die Polizei nimmt mehr als ein Dutzend führende Mitglieder und Aktivist_innen der oppositionellen BNP bei einer Gedenkveranstaltung für die Rückkehr der Opfer des Verschwindenlassens fest. Mayer Daak, eine Plattform der Familien der Opfer des Verschwindenlassens, organisierte die Gebetsstunde im Nakhalpara-Haus ihrer Gründerin Hajera Khatun, die auch die Mutter des vermissten BNP-Führers Sajedul Islam Sumon ist.

14. November 2021 Die BNP-Vorsitzende der Bangladesh Nationalist Party (BNP), Begum Khaleda Zia (76), wegen einer Corona-Infektion auf der Intensivstation des Evercare Hospital in Dhaka behandelt. Zuvor war sie schon einmal kurzzeitig in der Klinik gewesen. Insgesamt bleibt Khaleda Zia 80 Tage im Krankenhaus. Die Ärzte fordern, dass sie zur weiteren Behandlung ins Ausland reisen darf. Doch das lehnen die Behörden bisher ab. Am 8. Februar 2018 war die Oppositionsführerin wegen mutmaßlicher Korruption inhaftiert worden.

16. Dezember 2021 Bangladesch feiert den 50. Jahrestag der Unabhängigkeit. Am 16. Dezember 1971 endete ein neunmonatiger Befreiungskrieg gegen die pakistanische Besatzung. Der Krieg gegen die pakistanische Armee hat mehr als eine Million Todesopfer gefordert - manche Berichte sprechen von drei Millionen. Mindestens 200.000 Frauen wurden vergewaltigt. Die westpakistanischen Besatzer begingen schlimmste Menschenrechtsverbrechen, bevor sie kapitulierten. Millionen Flüchtlinge kehrten daraufhin aus Indien zurück. Kaum eine Familie in Bangladesch hatte damals keine Opfer zu beklagen. Am 25. März 2021 kam sie unter Auflagen vorläufig frei.

30. Dezember 2021 Justizminister Anisul Huq kündigt ein neues Wahlgesetz an.

31. Januar 2021 Bei den Union Parishad Wahlen in Shariatpur wird das Wahlzentrum in einer Schule angegriffen und in Brand gesetzt. Zwei Polizisten werden verletzt, als sie einschreiten wollen.

Kampf gegen Korruption:

28. Januar 2022 Premierministerin Sheikh Hasina Wajed fordert, die BNP solle erklären, woher sie die Gelder habe, mit der sie ihre „anti-staatlichen Aktivitäten“ finanziere.

1. Februar 2022 Die BNP beschuldigt die regierende Awami League, staatliche Gelder für die Auslandsrepräsentanzen der Awami League auszugeben. Sie fordert eine unabhängige Untersuchung.

Innere Sicherheit/Polizei:

(siehe auch: Menschenrechte, Innenpolitik, Drogenbekämpfung, Gewerkschaften, Religionen/Religiöse Minderheiten, Rohingya/Flüchtlinge aus Myanmar)

16. Juli 2021 Bisher starben mindestens 101 Polizisten an einer Covid-Erkrankung.

11. August 2021 In Feni erlaubt ein Gericht der Polizei, sechs Beamte der Bezirkskriminalpolizei in Gewahrsam zu nehmen, um sie in einem Fall zu verhören, bei dem einem Geschäftsmann am 8. August auf dem Dhaka-Chattoqram Highway 20 Goldbarren entrissen wurden.

24. August 2021 Drei Mitarbeiter der Kriminalpolizei, darunter ein stellvertretender Polizeipräsident, werden festgenommen, weil sie eine Frau und ihren Sohn in Dinajpur entführt und Lösegeld gefordert haben sollen. Die Entführer riefen Verwandte an und verlangten 1,5 Mio. Taka Lösegeld. Schließlich willigte die Familie ein, 800.000 Taka an die Entführer zu zahlen. Sie trafen sich mit den Tätern in Dosmail in Dinajpur, während Einheimische die Entführer festnahmen und der Polizei übergaben.

21. September 2021 In Charbaliati im Kalapara Upazila wird ein 30-jähriger Fischer aus Baliatali während einer Aktion gegen „illegale Fischernetze“ angeblich von Polizisten der Flusspolizei getötet. Nachdem sie über den Vorfall informiert worden waren, sperren mehrere hundert Anwohner vier Polizisten ein und behaupten, der Fischer sei zu Tode geprügelt worden. Erst nach vier Stunden werden sie wieder freigelassen.

3. November 2021 Der Oberste Gerichtshof fordert den Polizeipräsidenten von Rangpur auf, dem Gericht bis zum 11. November den Obduktionsbericht des 55-jährigen Tajul Islam vorzulegen, der am 1.11.2021 im Gewahrsam der Haragach-Polizeistation in Rangpur starb. Das Gericht weist den Polizeipräsidenten außerdem an, den Bericht einem von ihm gebildeten Ausschusses vorzulegen, der den von Tajuls Familie erhobenen Vorwurf der Folter in der Haft untersuchen soll.

Drogenbekämpfung/War on drugs

3. August 2021 Im Polizeirevier Uttara Purba wird ein 40-jähriger Mann aus dem Kahalu Upazila in Bogura tot aufgefunden. Er war von einem RAB

wegen Drogenhandels mit Yaba-Pillen verhaftet worden. Nach Angaben der Polizei habe er sich in seiner Zelle erhängt.

1. November 2021 Im Kawnia Upazila in Rangpur greifen wütende Dorfbewohner die Haragach-Polizeistation an und behaupten, die Polizei habe einen Dorfbewohner zu Tode gefoltert, nachdem sie ihn mit Drogen in Gewahrsam genommen hätten. Bei dem Toten handelt es sich um einen 55-jährigen Mann aus Dalal Hat-Nayatari im selben Upazila. Die Polizei weist die Vorwürfe jedoch zurück.

Gewerkschaften, Demonstrationen/Streiks:

(siehe auch: Religionen/religiöse Minderheiten, Bildung/Universitäten)

24. September 2021 In Chattogram verhindert die Polizei eine Versammlung des Industry All Bangladesh Council mit der Begründung, dass die Organisation keine Genehmigung besitze. Die Gewerkschaftsführer behaupten, die Polizei habe den Eingang zum Veranstaltungsort blockiert und die Gewerkschaftsführer daran gehindert, den Ort zu betreten. In einem Schreiben an den Premierminister verurteilt die Industry All Global Union das Eingreifen der Polizei aufs Schärfste und bezeichnet es als schwere Verletzung der Arbeitnehmerrechte. Die Organisation fordert die Regierung auf, die Angelegenheit unverzüglich zu untersuchen und dafür zu sorgen, dass sich die Polizei, einschließlich der Arbeitspolizei, nicht in die legitimen Aktivitäten der Gewerkschaften einmisch.

22. Oktober 2021 Mehrere Hindu-Organisationen blockieren ab 16 Uhr die Shahbagh-Kreuzung in der Hauptstadt Dhaka. Sie protestieren gegen rassistische Angriffe auf Hindus und auf Durga-Puja-Feiern in Comilla und andernorts. Der Verkehr von Shahbagh nach Paltan, Science Lab, Elephant Road und Bangla Motor steht wegen der Demonstration bis zum Abend still. Die Demonstranten fordern, dass die an den Angriffen beteiligten Personen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden. Unter anderem protestierten Jago Hindu Parishad, Arya Pratinidhi Sabha Bangladesh, Bangladesh Sanatan Kalyan Jote, Jatiya Hindu Mahasangh und ISKCON unter der Leitung der Bangladesh Hindu Parishad. Deren Generalsekretär Sajan Kumar Mishra erklärt, dass die Protestaktionen so lange fortgesetzt würden, bis die Regierung ein Gesetz und eine Kommission zum Schutz von Minderheitengemeinschaften einsetze. „Wir haben der Regierung ein Memorandum mit unseren Forderungen übergeben, aber die Regierung hat nicht darauf gehört. Deshalb waren wir gezwungen, Shahbagh heute zu blockieren.“ Der Vorsitzende des Bangladesh Nagorik Committee, Govinda Chandra sagt: "Wir müssen zur Verfassung von 1972 zurückkehren. Andernfalls wird diese Gewalt niemals aufhören.

Medien/Pressefreiheit:

(siehe auch: Menschenrechte, Todesstrafe, Rohingya)

7. Juli 2021 „Reporter ohne Grenzen“ zählt Bangladeschs Premierministerin Sheikh Hasina Wajed zu den 37 größten Feinden der Pressefreiheit.
31. Oktober 2021 Bei dem Journalistenkongress "50 Years of Bangladesh: Media Achievements and Future Challenges" beklagen Teilnehmer*innen wachsende Gefährdungen der Pressefreiheit in Bangladesch.

Prominente Redner sind Mustafiz Shafi (Samakal), Reazuddin Ahmed (Financial Herald), Shyamal Dutta (Bhorer Kagoj), Mahfuz Annam (Daily Star), Nurul Kabir (New Age), Zafar Sobhan (Dhaka Tribune), MA Malek (Dainik Azadi) und Dewan Hanif Mahmud (Bonik Barta).

31. Dezember 2021 Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen wurde 2021 mindestens ein Journalist in Bangladesch getötet. Borhan Uddin Muzzakkir starb am 22. Februar, als Polizisten im Süden Noakhalis auf Demonstranten schossen. Die Herkunft der verirrten Kugel konnte nicht geklärt werden. Außerdem starb der Autor und Blogger Mustaque Ahmed am 25. Februar mutmaßlich an den Folgen von Folter in Haft. Auf der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt Bangladesch nur Platz 152 von 180 Staaten.
3. Februar 2022 Die neue staatliche Verordnung "Bangladesh Telecommunication Regulatory Commission Regulation for Digital, Social Media and OTT Platforms" wird im Internet veröffentlicht. Das Committee to Protect Journalists (CPJ) und weitere Organisationen werten sie als einen Angriff auf die Meinungsfreiheit im Internet.
10. Februar 2022 Journalisten erinnern an die Ermordung des Journalistenpaars Sagar Sarowar and Meherun Runi. Auch zehn Jahre nach der Tat sind die Mörder noch nicht ermittelt und zur Verantwortung gezogen.
1. März 2022 Das globale Netzwerk International Press Institute (IPI) fordert die bangladeschische Regierung auf, alle Anzeigen gegen die Journalistin Rozina Islam fallenzulassen. Sie recherchierte im Auftrag der Zeitung Prothom Alo über Korruption im Zusammenhang mit Corona-Hilfen, als sie am 17. Mai 2021 festgenommen und inhaftiert wurde. Der Gesundheitsminister beschuldigte sie, illegal Handyaufnahmen im Ministerium gemacht zu haben. Dabei wurde sie auch geschlagen.

Bildung/Universitäten:

3. Dezember 2021 Die Khulna University of Engineering and Technology (Kuet) schließt bis 13. Dezember. Voraus gingen der Tod des Universitätslehrers Md Anisur Rahman Bhuiyan und eine Auseinandersetzung konkurrierender Studentengruppen der Awami League um den lukrativen Auftrag für die Versorgung der Uni-Mensa. Auch al seine erneute Obduktion den natürlichen Tod des Lehrers bestätigte, endete der Streit nicht.
21. Dezember 2021 Der vom UNDP erstellte Global Knowledge Index (GKI) sieht Bangladesch 2020 unter 138 Staaten auf Platz 112. Traditionell gibt Bangladesch 11 bis 14 Prozent des Staatshaushalts und etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Blung aus. Etwa die Hälfte entfällt auf höhere Schulbildung und Universitäten.
23. Februar 2022 Die Vergewaltigung einer Studentin durch mehrere junge Männer an der Bangabandhu Sheikh Mujibur Rahman Science and Technology University (BSMRSTU) löst tagelange Massenproteste aus.

Religionen/religiöse Minderheiten:

(siehe auch: Menschenrechte, Demonstrationen, Rohingya)

21. Juli 2021 Bangladesch feiert Eid-ul-Azha (Opferfest) zum zweiten Mal inmitten der Pandemie. Die Feierlichkeiten beginnen mit Andachten im ganzen Land, gefolgt von der Opferung von Rindern im Namen Allahs.
- Zehntausende verlassen Dhaka und andere Städte, um das Fest mit ihren Familien in den Dörfern zu feiern. Die coronabedingten Beschränkungen des öffentlichen Verkehrs und der Geschäfte werden vom 14. bis 23. Juli gelockert. Das geschah obwohl Experten befürchten, dass dies die Covid-Situation verschlimmern würde. Gesundheitsvorschriften wie die Einhaltung von Sicherheitsabständen und die Verwendung von Masken und Händedesinfektionsmitteln werden an den meisten Orten weitgehend ignoriert; ein wirksames Überwachungssystem seitens der zuständigen Behörden gibt es jetzt nicht. Der erste Tag des Eid-ul-Azha ist der Tag, an dem der Prophet Ibrahim vor etwa 4500 Jahren anbot, seinen geliebten Sohn Hazrat Ismail zu opfern, der sich bereitwillig dem Wunsch seines Vaters fügte, um Allah zu erfreuen. Doch Allah verschonte Hazrat Ismail und setzte stattdessen ein Schaf an seine Stelle, das geopfert werden sollte. Zum Gedenken an das höchste Opfer des Propheten Ibrahim schlachten Muslime auf der ganzen Welt Tiere.
11. Oktober 2021 Für die Hindus in Bangladesch feiern fünf Tage Durga Puja. Maha Nabami gilt als der Tag, an dem Durga den bösen Mahishasura besiegte. Die fünftägige Durga Puja, endete am Freitag gegen 16 Uhr mit dem feierlichen Eintauchen der Statuen der Göttin Durga und ihrer Kinder in Gewässer im ganzen Land. Vertreter verschiedener politischer und sozialer Organisationen sowie Kabinettsmitglieder und Parlamentsabgeordnete besuchen am Donnerstag verschiedene Pujas in Dhaka, darunter auch der Generalsekretär der Awami-Liga und Minister für Straßenverkehr und Brücken, Obaidul Quader, und der Staatsminister für religiöse Angelegenheiten, Faridul Haque Khan. In diesem Jahr wurden über 30.000 Pujas in Bangladesch gefeiert.
13. Oktober 2021 Eine fanatisierte Gruppe plündert in Comilla mehrere Hindu-Tempel. Vorher war in den sozialen Medien ein Bild verbreitet worden, auf dem bei einer Puja-Zeremonie ein Koran auf dem Knie einer Statue des Affengottes Hanuman zu sehen war. Dabei spielt es keine Rolle, dass der Koran sehr schnell von der Gottesfigur entfernt worden ist. In Hajiganj im südlichen Distrikt Chandpur greifen Hunderte radikalisierte Muslime den Lakshmi Narayan Akhra-Tempel an. Mindestens drei Menschen werden getötet. Weitere Angriffe auf Häuser von Hindus und auf Tempel erfolgen in Hathazari, Namshkhali (Chittagong Distrikt), Mognama (Cox's Bazar), Ramgati (Lakhshampur) und Hatia (Noakhali).
14. Oktober 2021 In Bandarban (Chittagong Hill Tracts) kommt es nach einem Angriff auf den Central Hari Tempel zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Etwa 50 Personen werden verletzt. In Gazipur werden drei Tempel geplündert. In Khulna stellt die Polizei in der Nähe eines Kali-Tempels 18 einfache Bomben sichergestellt.
15. Oktober 2021 In Dhaka löst die Polizei eine Demonstration auf. Hunderter Muslime demonstrieren gegen die angebliche Entweihung des Korans und fordern eine Bestrafung der Verantwortlichen. Dabei werfen einige Teilnehmer Berichten zufolge Steine. Daraufhin setzt die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Vier Teilnehmer werden festgenommen. In Begumganj (Noakhali) stirbt ein Mann bei einem Angriff auf mehrere Hindu-Häuser. In Gournadi (Barisal) werden drei Tempel geplündert. Ein Mann wird wegen Verunglimpfung des Koran

inhaftiert. Und in An-derkilla (Chittagong) greifen Muslime nach dem Freitagsgebet eine Puja-Feier an.

16. Oktober 2021 In Feni werden mehrere Häuser und Tempel der Hindu-Minderheit angegriffen. 40 Menschen werden bei Zusammenstößen verletzt. In Chaumuhani (Noakhali) wird aus dem Brunnen eines Tempels die Leiche eines Hindu-Mannes geborgen. In Sirajdikhan (Munshiganj) wird ein Kali-Tempel geplündert.
17. Oktober 2021 In Pirganj (Rangpur) werden mehrere Häuser von Hindus in Brand gesetzt.
18. Oktober 2021 In einem Fischerdorf im Norden Bangladeschs werden ein Tempel mindestens 20 Häuser von Hindus niedergebrannt. Anlass war wiederum der angebliche Facebook-Post eines Hindus mit dem Koran auf dem Knie Hanumans Polizisten treiben die Menge, die nach Hunderten zählt, schließlich mit Schüssen und Tränengas auseinander.
19. Oktober 2021 Nach den Brandanschlägen auf Häuser von Hindus im Norden Bangladeschs protestieren Tausende gegen die Gewalt. Organisiert wird die Demonstration für Harmonie zwischen den religiösen Gruppen in der Hauptstadt Dhaka von der Awami League. Sie gibt die Teilnehmerzahl mit 8000 an. Generalsekretär Obaidul Quader versichert, die Regierung werde alles tun, um für die Sicherheit der hinduistischen Minderheit zu sorgen.
28. Oktober 2021 Der Oberste Gerichtshof ordnet gerichtliche Untersuchungen der Angriffe auf Hindus und des Vandalismus an ihren Tempeln und Häusern in sechs Bezirken in Bangladesch zwischen 13. und 18. Oktober an. Er fordert die Regierung und die zuständigen lokalen Behörden auf, innerhalb von vier Wochen zu erklären, warum ihre Untätigkeit und ihr Versäumnis, das Leben von Hindus sowie ihre Häuser und Grundstücke zu schützen, nicht rechtswidrig waren. In 123 Klagen, die im Zusammenhang mit den Angriffen eingereicht wurden, sind inzwischen über 600 Personen verhaftet worden. Beamte des Polizeipräsidiums erklärten, dass mehr als 1000 namentlich genannte und etwa 20.000 ungenannte Personen im Zusammenhang mit den Angriffen und Zusammenstößen in 22 Bezirken strafrechtlich verfolgt worden seien.

Kultur:

(siehe auch: Rohingya, Chittagong Hill Tracts, Deutsch-bangladeschische Beziehungen)

21. Februar 2022 Mit dem Internationalen "Tag der Muttersprache", der alljährlich am 21. Februar begangen wird, ehren die Vereinten Nationen die bangladeschischen Bürger für ihren Kampf um das Recht, ihre Muttersprache im öffentlichen anwenden zu dürfen. Nach wie vor ist dies weltweit nicht selbstverständlich.

Chittagong Hill Tracts:

(siehe auch: Menschenrechte)

9. August 2021 Der Internationale Tag der indigenen Völker wird in diesem Jahr unter dem Motto "Leaving No One Behind: Indigene Völker und die

Forderung nach einem neuen Gesellschaftsvertrag" begangen. Das Bangladesh Adivasi Forum veranstaltet eine virtuelle Diskussion und ein Kulturprogramm. Am Tag zuvor hatten die Teilnehmer eines virtuellen Programms erklärt, dass viele Entwicklungsmaßnahmen das Leben und den Lebensunterhalt der ethnischen Minderheiten gefährdeten, anstatt ihnen zu nutzen. Es gebe keine Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens für die Chittagong Hill Tracts, das als wichtiger Gradmesser für die Rechte der ethnischen Minderheiten im Land gilt.

9. September 2021 Die Chakma-Königin Yan Yan aus Bangladesch wird vom United States Institute of Peace (USIP) am Internationalen Tag des Friedens als eine der Finalistinnen für den Women Building Peace Award 2021 bekannt gegeben. Das in Washington ansässige USIP verleiht die angesehene globale Auszeichnung jedes Jahr an eine Friedensstifterin, die einen wichtigen Beitrag zum Frieden in ihrem Land geleistet hat. Ein Rat von Expert*innen und Führungskräften hat Yan Yan aus Bangladesch, Tabassum Adnan aus Pakistan, Josephine Ekiru aus Kenia, Teresita Gaviria aus Kolumbien, Waldistrudis Hurtado aus Kolumbien, Tatiana Mukanire aus der Demokratischen Republik Kongo, Esther Omam aus Kamerun, Nyachangkouth Tai aus dem Südsudan und Jayne W Waithitu aus Kenia unter den Nominierten aus 30 Ländern ausgewählt. Die diesjährige Preisträgerin wird am 20. Oktober 2021 im Rahmen einer Zeremonie auf dem USIP-Campus an der National Mall in Washington D.C. bekannt gegeben.
4. November 2021 Im Khudro Nrigosthir Sangskritik Institute in Rangamati beginnt das 5. Hill Film Festival. Bei der dreitägigen Veranstaltung werden Filme aus sieben Kategorien gezeigt. Außerdem soll den Menschen ein Einblick in die Filme und die Kultur der Chittagong Hill Tracts gegeben werden.

Indigene Bevölkerungsgruppen außerhalb der CHT:

8. Juli 2021 Die zivilgesellschaftliche Plattform Nagarik Samaj fordert eine angemessene Entschädigung und Rehabilitierung von sechs Rakhine-Familien, die aufgrund der Landnahme für den Payra Sea Port in Kalapara in Patuakhali von der Vertreibung bedroht sind. Die Forderung wird erhoben, nachdem bekannt geworden war, dass die Hafenbehörde über fünf Hektar Land des jahrhundertealten Dorfes Choyanipara erwirbt, ohne den Rakhine-Familien eine Entschädigung zu zahlen. Sie äußern auch Bedenken gegen den Vorschlag der Hafenbehörde, die Familien in gemieteten Häusern unterzubringen, da dies nicht den Lebensgewohnheiten der indigenen Gemeinschaft entspreche.
17. August 2021 In Dhaka fordern Studierende des Bangladesh Adivasi Chhatra Sangram Parishad eine separate Kommission für ethnische Minderheiten im Flachland, um die Landrechte der ethnischen Minderheiten zu sichern und die Landstreitigkeiten zu schlichten. Die Organisation fordert auch Gerechtigkeit für eine Hajong-Frau, die am 14. August in Sunamganj vergewaltigt und misshandelt worden war, sowie Entschädigung für einige Garo-Familien in Sherpur, deren Ernte von Beamten des Forstministeriums durch Abholzungen beschädigt worden war.
15. September 2021 Politiker*innen, Akademiker*Innen und Menschenrechtsaktivist*innen fordern bei einer Diskussionsveranstaltung die Regierung auf, die ethnischen Minderheiten des Landes verfassungsrechtlich anzuerken-

nen. Die ethnischen Minderheiten werden ihrer Rechte als Bürger*innen des Landes beraubt, weil sie nicht anerkannt werden. Das Bangladesh Adivasi Forum organisiert die Diskussionsveranstaltung anlässlich des 82. Geburtstages von Manabendra Narayan Larma. Das ehemalige Parlamentsmitglied wurde am 10.11.1983 gemeinsam mit acht Anhängern in den Chittagong Hill Tracts von Shanti Bahini ermordet.

28. Oktober 2021 Premierministerin Sheikh Hasina weist die zuständigen Behörden an, eine digitale Erhebung zur Bewertung der derzeitigen Situation der Wälder durchzuführen, um danach Maßnahmen zu ergreifen, damit die Wälder vor jeglicher Beeinträchtigung geschützt werden. Das Ministerium für Umwelt, Wälder und Klimawandel legte der Sitzung den Entwurf des Attia Forest (Protection) Bill 2021 vor, der die Verordnung von 1982 zum Schutz des Waldes mit einer Fläche von rund 46.000 Hektar in Dhaka und Tangail ersetzen soll. Der Generalsekretär des Bangladesh Adivasi Forum, Sanjeeb Drong, sagt, dass die Durchführung einer digitalen Erhebung das Risiko der Vertreibung der dort lebenden Menschen, insbesondere der Garo, aber auch anderer ethnischer Minderheiten erhöhe, da sie keine legalen Dokumente hätten, obwohl sie seit Jahrhunderten dort lebten.

Frauen:

(siehe auch: Menschenrechte, Todesstrafe, Chittagong Hill Tracts, Textilindustrie, Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

15. Juli 2021 Die "Rape Law Reform Coalition", ein Bündnis von 17 Menschenrechtsorganisationen in Bangladesch, fordert eine Reform des Vergewaltigungsgesetzes. Dieses solle im Einklang mit den Menschenrechtsstandards, der erweiterten Definition von Vergewaltigung, der Definition von "Penetration", um alle Formen der Vergewaltigung unter das Gesetz zu stellen, Gerechtigkeit für behinderte Vergewaltigungsopfer, Verabschiedung eines Zeugenschutzgesetzes, Einrichtung eines staatlichen Entschädigungsfonds für Vergewaltigungsopfer, der Schulung von Personen in der Justiz in geschlechtsspezifischer Sensibilität und der Aufnahme des Themas in den Lehrplan stehen.

2. August 2021 Nach Aussage des Generaldirektors der Gesundheitsdienste, Prof. Abul Bashar Mohammad Khurshid Alam wird die Regierung schwangere Frauen und stillende Mütter in das Covid-Impfprogramm einbeziehen. Prof. Be-Nazir Ahmed, Mitglied der National Immunisation Technical Advisory Group, sagt, sie habe der Regierung am 31. Juli empfohlen, schwangeren und stillenden Frauen den Impfstoff zur Verfügung zu stellen. Der Oberste Gerichtshof hatte die Regierung aufgefordert, innerhalb von 72 Stunden eine "spezifische Ankündigung" zu machen, ob schwangere Frauen geimpft werden können oder nicht.

4. August 2021 Die Nationalbank Bangladeschs senkt den effektiven Zinssatz für Kredite an Unternehmerinnen im Rahmen des Refinanzierungsprogramms für Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe von 7 auf 5 Prozent. Ein Rundschreiben weist darauf hin, dass der Refinanzierungsfonds nur für Kredite an Unternehmerinnen gewährt wird. Der Anteil der Kredite an Unternehmerinnen soll 2024 auf mindestens 15 Prozent steigen.

8. August 2021 Die BRAC Bank ist einer von zehn Gewinnern des Women Enterprise Recovery Fund in der Region Asien-Pazifik. Die Wirtschafts- und

Sozialkommission der Vereinten Nationen für Asien und Pazifik (ESCAP) und der Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF) mit den Partnern FMO, Visa und der kanadischen Regierung haben kürzlich die Gewinner des Fonds bekannt gegeben. Sie werden in den nächsten 12 Monaten finanzielle und technische Unterstützung erhalten, um ihre Innovationen zu testen. Die BRAC Bank hat ihr Produkt SME Bondhu für die Finanzierung vorgeschlagen. SME Bondhu ist als eine digitale Komplettlösung für die nahtlose Einrichtung von Online-Shops, einschließlich des Zugangs zu digitalen Tools.

8. August 2021 36 Prozent der bisher 4,4 Millionen vollständig gegen Corona geimpften Personen sind Frauen und 40 Prozent der mehr als 13 Millionen Empfänger der ersten Impfung.
1. November 2021 Nach Angaben des Bureau of Manpower, Employment and Training des Ministeriums für Ausländerfürsorge und Beschäftigung in Übersee gibt es derzeit mehr als 10 Millionen bangladeschische Arbeitsmigrant*innen in 173 Ländern, von denen etwa 800.000 Frauen sind. Während der Pandemie kehrten 425.698 Arbeitnehmer*innen 2020 nach Hause zurück, davon 50.619 Frauen. Sehr viele berichteten, dass sie körperlich misshandelt worden waren. In einer aktuellen Studie des Bangladesh Institute of Labour Studies mit dem Titel "Social and economic status of migrant women workers returning to the country" heißt es, dass 55 Prozent der Arbeitnehmerinnen körperlich und 29 Prozent psychisch krank nach Hause zurückkehrten.
17. November 2021 Daten des Polizeipräsidiums zeigen, dass seit der Einrichtung einer Abteilung für die Cyberunterstützung für Frauen im November 2020 innerhalb eines Jahres 17.280 Anschuldigungen wegen Cyberbelästigung eingegangen sind. Fünfzehn Prozent oder 1.884 der Frauen, die sich beschwert haben, gaben an, dass sie mit Drohungen konfrontiert wurden, dass ihre privaten Fotos in den sozialen Medien veröffentlicht würden, und 43 Prozent der Beschwerden betrafen Belästigungen durch gefälschte Konten in den sozialen Medien.
25. November 2021 Die Daten von Bangladesh Mahila Parishad, die auf der Grundlage von Berichten in 13 nationalen Zeitungen erstellt wurden, zeigen, dass in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 29 Frauen nach einer Vergewaltigung getötet wurden im Vergleich zu 33 Frauen im Jahr 2020. Im selben Zeitraum wurden 40 Frauen wegen der Mitgift ermordet, im Jahr 2020 waren es 52. Die Menschenrechtsorganisation Ain O Salish Kendra zitiert Zeitungsberichte, wonach zwischen Januar und Oktober dieses Jahres 197 Frauen mutmaßlich von ihren Ehemännern getötet wurden, im Jahr 2020 waren es 240. Die ASK-Daten zeigen, dass die Zahl der gemeldeten Tötungen nach Vergewaltigung von Januar bis Oktober 2021 bei 43 und 2020 bei 53 lagen. Den Daten zufolge lag die Zahl der wegen Mitgift zu Tode gefolterten Frauen zwischen Januar und Oktober 2021 bei 63 und 2020 bei 89. Laut der Menschenrechtsorganisation Odhikar wurden zwischen Januar und September dieses Jahres 1122 Frauen vergewaltigt und 36 Frauen nach der Vergewaltigung getötet, 153 Frauen wurden Opfer von Misshandlungen im Zusammenhang mit der Mitgift und 54 Frauen wurden wegen der Mitgift getötet.
1. Dezember 2021 Nach Angaben von Bangladesh Mahila Parishad wurden im November mindestens 74 Mädchen Opfer von Frühverheiratungen und weitere 74 vergewaltigt. Neun Frauen begingen im gleichen Zeitraum Selbstmord, zwei Frauen wurden durch Gewalt im Zusammenhang mit der Mitgift

getötet, eine starb infolge einer Vergewaltigung. 326 Frauen wurden Opfer von Gewalt. 39 Frauen getötet, 20 entführt und 13 Opfer von sexueller Belästigung. 13 Frauen wurden Opfer von Mordversuchen, 11 von Vergewaltigungsversuchen und 10 von Misshandlungen. Neun Frauen wurden Opfer von Folter im Zusammenhang mit der Mitgift, sechs von versuchter Frühverheiratung und drei von Stalking.

7. Dezember 2021 Md Murad Hassan von der Awami-Liga tritt vom Amt des Staatsministers für Information und Rundfunk zurück, nachdem verschiedene politische Parteien, darunter die Bangladesh Nationalist Party, ihn wegen seiner abfälligen Äußerungen über Frauen verurteilt hatten.
30. Dezember 2021 Nach der Vergewaltigung einer Frau am Strand von Cox's Bazar werden etwa 150 Meter nur für Frauen und Kinder reserviert.
3. Januar 2022 Laut einem Bericht der Bangladesh Mahila Parishad ist die Zahl der Gewalttaten gegen Frauen und Mädchen im ganzen Land im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 gestiegen. Mindestens 3703 Frauen und Mädchen wurden 2021 Opfer von Gewalt, verglichen mit 3.440 im Jahr 2020. Der Bericht wurde auf der Grundlage von Nachrichten erstellt, die in 13 nationalen Tageszeitungen veröffentlicht wurden. Mindestens 444 Frauen, darunter 114 minderjährige Mädchen, wurden ermordet und 121 Frauen, darunter 43 Mädchen, begingen 2021 Selbstmord. Mindestens 138 Hausfrauen wurden wegen der Mitgift misshandelt, und 45 von ihnen starben an den Folgen der Misshandlungen im Zusammenhang mit der Mitgift. Mindestens 22 minderjährige Mädchen und neun Frauen wurden nach Vergewaltigungen getötet, vier weitere starben durch Säureangriffe. Mindestens 1235 Frauen, darunter 629 Mädchen, wurden vergewaltigt, 179 von ihnen von einer Gruppe Männer. Mindestens 155 Frauen, darunter 93 Mädchen, wurden Opfer eines Vergewaltigungsversuchs, 87 Frauen Opfer eines Mordversuchs. Mindestens 42 Frauen wurden Opfer von Menschenhandel, 45 von Stalking, 43 von versuchter Kinderheirat und 18 von Säureangriffen. Auch die Fälle von Frühverheiratung, körperlicher Folter wegen Mitgift und aus anderen Gründen, Entführung, sexueller Belästigung und Internetkriminalität nahmen 2021 zu. Die Zahl minderjähriger Mädchen, die Opfer von Frühverheiratungen wurden, stieg von 84 im Jahr 2020 auf 284 im Jahr 2021. Mindestens 208 Frauen wurden 2021 körperlich misshandelt, verglichen mit 159 im Jahr 2020. Die Zahl der Entführungsoffer stieg von 125 im Jahr 2020 auf 180. Mindestens 95 Frauen wurden sexuell belästigt, 2020 waren es 74. Die Zahl der Opfer von Misshandlungen im Zusammenhang mit Mitgift stieg von 52 im Jahr 2020 auf 93. Und die Zahl der Opfer von Internetkriminalität stieg von 43 im Jahr 2020 auf 63 im Jahr 2021. Im Jahr 2021 wurden 33 Frauen Opfer eines Überfalls, 11 weitere Opfer einer versuchten Entführung, zwei weitere Opfer einer Fatwa, 18 weitere Opfer anderer Gewalttaten und zwei Frauen wurden in Bordelle verkauft.

Sexuelle Minderheiten:

(siehe auch: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

30. November 2021 Die 40.000-Enwohner-Stadt Trilochanpur hat als erste in Bangladesch eine/einen Transgender zur/zum Bürgermeister*in gewählt. Nazrul Islam Ritu, die in Trilochanpur geboren wurde, aber zwischenzeitlich in Dhaka lebte, wertete ihren Erfolg als Sieg für die gesamte Gemeinschaft der Hijra, die sich selbst als weder männlich noch

weiblich bezeichnen. Schätzungen zufolge gehören ihr landesweit über 200.000 Menschen an. Diskriminierung sexueller Minderheiten ist in Bangladesch noch Alltag.

4. Dezember 2021 Die bangladeschische Transgender Tashnuva Anan Shishir erhält in New York den Showtime Music Award. Sie hält sich außerdem für medizinische Behandlungen in den USA auf. Am 13. Februar tritt sie als Model bei einer international angesehenen großen Modenschau auf.

Kinder:

(siehe auch: Todesstrafe, Frauen)

8. Januar 2022 In einem Dorf des Faridganj Upazila in Chandpur wird eine Zehntklässlerin angeblich von drei jungen Männern auf dem Heimweg von der Schule vergewaltigt. Nach Aussage der Familie griffen die Täter das Mädchen, brachten es zum Haus einer 32-jährigen Frau, wo sie es mit gefesselten Händen und einem Tuch vor dem Mund vor laufender Kamera vergewaltigten. Sie drohten mit der Verbreitung des Videos im Internet, falls sie etwas von der Tat erzählen sollte. Trotz der Drohung erstattet die Jugendliche Anzeige.

Klima-, Umwelt und Naturschutz:

(siehe auch: Menschenrechte)

31. Oktober 2021 Viele Menschen im Dorf Gatrigheri verlassen die Gegend beim Fluss Shakbaria weil sie dort ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen können. Nach dem schweren Sturm Yaas im Mai 2021, der Teile des Damms und Häuser beschädigt sowie Vieh fortgeschwemmt hat, leben etwa 80 Familien draußen auf dem Damm, der bisher noch nicht wiederhergestellt wurde. Die südliche Küstenregion ist eine der am meisten vom Klimawandel betroffenen Regionen und wird oft von Zyklonen heimgesucht. Laut einem Weltbank Bericht könnten 13,3 Millionen Küstenbewohner von Bangladesch ihr Zuhause aufgrund von Klimaveränderungen wie Steigende Meeresspiegel bis 2050 verlassen.
3. November 2021 Bangladesch ist eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Länder der Welt. Für kaum ein Land macht der Unterschied zwischen 1,5 und 2 Grad Erwärmung einen größeren Unterschied aus. Wenn der Meeresspiegel auch nur minimal ansteigt, hat dies Auswirkungen auf das gesamte Land. Bangladesch gehört zu den fünf Ländern mit der höchsten Bevölkerungsdichte in niedrig gelegenen Küstengebieten. Bereits jetzt gibt es jährlich mehrere Überschwemmungen und Stürme, die große Schäden anrichten.

Armut/Nahrungsmittelknappheit:

4. August 2021 Die Regierung beschränkt den Verkauf von subventionierten Lebensmitteln wie Reis, Speiseöl, Zucker und Linsen auf dem freien Markt auf festgelegte Zeiten. In der Folge bilden sich an den Verkaufsstellen lange Schlangen.
7. August 2021 Menschen mit geringem Einkommen in Dhaka befinden sich in einer schwierigen Lage, da sie wegen der Covid-Beschränkungen in ihren Wohnungen bleiben müssen und ihren einkommensschaffenden Aktivi-

täten nicht nachgehen können. Tausende von Menschen wie Straßenverkäufer*innen, Rikschafahrer*innen, Transportarbeiter*innen und Tagelöhner*innen, die in der Hauptstadt von der Hand in den Mund leben, seien die größten Leidtragenden, so Ökonomen gegenüber New Age. Sie profitierten auch nicht von den Konjunkturpaketen der Regierung. Für Menschen im informellen Sektor seien diese einfach unbedeutend gewesen, sagt der ehemalige Gouverneur der Zentralbank Salehuddin Ahmed. Die Beschränkungen bestehen seit 1. Juli, werden zwischen 15. und 22. Juli gelockert und gelten wieder bis 10. August abgesehen von einigen Tagen anlässlich von Eid-ul-Azha (Opferfest).

28. September 2021 Auf dem ersten UN-Gipfel für Lebensmittelsysteme in New York diskutieren Vertreter*innen von 85 Staaten über Bekämpfung des weltweiten Hungers, Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und soziale Ungerechtigkeit. Premierministerin Sheikh Hasina fordert die Staaten auf, sich auf hochwertige Lebensmittel für alle zu konzentrieren.
30. September 2021 Planungsminister MA Mannan stellt einen Bericht mit dem Titel "Extreme Poverty: The Challenge of Inclusion in Bangladesh" (Extreme Armut: Die Herausforderung der sozialen Eingliederung in Bangladesh) vor. Er wurde gemeinsam von Forschern des „Bangladesh Institute of Development Studies“ (BIDS) und der Universität Bath in UK erstellt. Nach Angaben von BIDS-Generaldirektor seien etwa 25 Prozent der Menschen in Bangladesh arm. Die Zahl entspreche etwa dem Prozentsatz des Jahres 2016. Die Armut habe erheblich zugenommen, nachdem wegen Covid-19 im März 2020 die Wirtschaft weitgehend zum Stillstand gekommen sei. Laut Schnellumfrage im April rutschten etwa 2,45 Millionen oder 14,7 Prozent der Gesamtbevölkerung in die Armut ab. Die nationale Armutsquote von 24,3 Prozent im Jahr 2016 stieg auf 35 Prozent zu Beginn der Covid-Pandemie, so eine Untersuchung des „Centre for policy Dialogue“ vom Juni 2020.
- Jedoch hat sich das Einkommen vieler Menschen nach dem Ende der ersten Welle von Covid-19 erholt und die Armutsquote wieder den Wert von 2016 erreicht (25 Prozent) – so eine Schnellumfrage der nationalen Statistikbehörde vom Dezember 2020. Binayak Sen weist auch darauf hin, dass die Covid-Pandemie Probleme des sozialen Sicherungsnetzes aufgedeckt habe.
21. Oktober 2021 BRAC und die Zeitung "The Daily Star" veranstalten ein Webinar mit dem Titel "Fast-changing Poverty Dynamics: Issues and Priorities" (Sich schnell verändernde Armutsdynamik: Themen und Prioritäten). Der Generaldirektor des „Bangladesh Institute of Development Studies“ (BIDS), Binayak Sen betont, dass Unterernährung eine große Herausforderung für Bangladesh sei. Im Jahr 2016 lag die Quote der extremen Armut in Bangladesh bei 14 Prozent. Gemäß der Definition von extremer Armut gelten Menschen dann als extrem arm, wenn sie über weniger als 2 US-Dollar am Tag verfügen. Zu dieser Zeit lag die Unterernährungsrate sogar bei 28 Prozent.
4. Dezember 2021 Auch wenn Bangladesh hinsichtlich der Ernährung Fortschritte gemacht hat, benötigt die direkte Hilfe für werdende Mütter mehr Aufmerksamkeit laut Ernährungsexperten. Der Anteil an Fehlentwicklungen bei unter fünfjährigen Kindern liegt noch bei 28 Prozent. Laut einer BRAC Studie haben während der Pandemie 73% der Frauen und 67% der Männer keine gehaltvolle Nahrung zu sich genommen.

Landstreitigkeiten:

(siehe: Chittagong Hill Tracts, indigene Gruppen außerhalb der CHT)

Landwirtschaft:

8. Juli 2021 Etwa 1200 Arbeiter, die aus nördlichen Distrikten nach Faridpur anreisen, finden aufgrund des Lockdowns keine Arbeit auf den Feldern. Ihnen droht der Hungertod, zurück zu ihren Familien ist auch keine Alternative, da sie keine Nahrung kaufen können. Jährlich reisen Arbeiter in diese Gegend, wo es normalerweise viel Arbeit in der Landwirtschaft gibt.

13. Februar 2022 Der Anteil der Landwirtschaft am Bruttosozialprodukt Bangladeschs ist von 2010 bis 2021 von 17 auf 12,6 Prozent zurückgegangen. Größte Herausforderung sei aktuell der Klimawandel, heißt es in einem Bericht des „Daily Star“. Dabei gehe es vor allem um die Versalzung küstennaher Böden.

Fischerei:

(siehe: Innere Sicherheit)

Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung:

(siehe auch: Innenpolitik, Innere Sicherheit, Religionen/religiöse Minderheiten, Armut/Nahrungsmittelknappheit, Textilindustrie)

1. Juli 2021 Die Regierung verhängt wegen der Corona-Pandemie einen strikten Lockdown für das gesamte Land. Die Menschen dürfen ihr Haus nur noch in akuten Notfällen und für Einkäufe verlassen. Polizei und Militärpatrouillen setzen ihn unter Androhungen von Haftstrafen und Geldbußen durch. Die Impfquote liegt erst bei 2,6 Prozent.

30. Juli 2021 Zwei Studien stellen fest, dass psychische Probleme wie Depression bei Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen während der Pandemie gewachsen sind. Viele würden es bereuen, einen medizinischen Beruf ergriffen zu haben. Laut der Studie der Jahangirnagar University, die 803 Gesundheitsmitarbeiter an vorderster Linie während der COVID Pandemie befragte, wird ein Screening für mentale Probleme empfohlen sowie frühzeitige Intervention um Betroffenen zu helfen.

2. August 2021 In vielen Krankenhäusern sind neben Covid-Patienten zusätzlich solche, die sich mit dem Dengue Fieber infiziert haben. Eine Co-Infektion kann ziemlich schwer behandelbar sein – zumal, wenn Krankenhäuser bereits am Limit arbeiten und erst neue Patienten aufnehmen können, wenn aufgenommene Patienten gesund werden oder sterben. Laut Klinikärzten sei es entscheidend, dass die Diagnose schnell stattfindet und Patient*innen mit Fieber auf beides getestet würden. Auch für Kinder sei eine Co-Infektion sehr gefährlich. Viele staatliche Kliniken haben nach wie vor keine zentrale Sauerstoffversorgung.

13. August 2021 Aufgrund hoher Kosten für Medikamente sowie Diagnose und Operationen hat Bangladesch die höchsten Gesundheitsausgaben innerhalb Asiens. Im Juni 2021 startete das Gonoshasthaya Nagar Hospital eine Krankenversicherung für Arbeiter*innen, Rikschafahrer*innen und Ver-

käufer*innen, die monatlich 200 TK kostet und bei der die ganze Familie mitversichert ist. 3000 Familien sind derzeit versichert; damit das Projekt sich selbst trägt, müssten es 10.000 sein.

16. Dezember 2021 Die WHO empfiehlt 15 Prozent des nationalen Budgets für Gesundheit. Während der Durchschnitt bei 2,3 Prozent des BIP für das Gesundheitswesen liegt, sind es in Bangladesch 2019/20 weniger als ein Prozent. Während die Anzahl der Ärzte insgesamt angemessen ist, ist es die Verteilung nicht: Laut Regierungsstudie sind 11,8 % der Ärzte für 65 % der (ländlichen) Bevölkerung zuständig. Das Land hat 1,77 Intensivbetten je 100,000 Einwohner (2017 die BRD 33,9 ICU Betten).
17. Januar 2022 Gesundheitsminister Zahid Maleque schlägt Alarm. Die steigende Zahl von COVID-Infektionen werde dazu führen, dass die Krankenhäuser keine Patienten mehr aufnehmen können, sollte sich der Aufwärtstrend fortsetzen. Er ruft zum Tragen von Masken auf und sagt, dass nun alle Personen ab 50 Jahren sich eine COVID Auffrischungsimpfung erhalten könnten. Es seien ausreichend Impfstoffe vorhanden.

Textilindustrie:

(siehe auch: Deutsch-Bangladeschische Beziehungen)

1. Juli 2021 Trotz steigender Infektionszahlen und einem nationalen Lockdown bleiben die Textilfabriken in Bangladesch offen. Der Industrieverband Bangladesh Garment Manufacturers and Exporters Association (BGMEA) hat dies mit dem Argument durchgesetzt, die Aufträge wanderten sonst in andere Länder ab. Für Textilarbeiter*innen kommt zu der Gefahr durch das Coronavirus auch das Problem, dass der Nahverkehr ebenfalls stillgelegt ist.
31. August 2021 Internationale Modeketten und Gewerkschaften einigen sich auf ein neues Abkommen zur Sicherheit in Bangladeschs Textilfabriken. Das Abkommen soll mindestens zwei Jahre lang gelten. Es ist ein Nachfolgeabkommen des „Accord“ zu Brandschutz und Gebäudesicherheit, den Modeketten und Gewerkschaften nach dem Einsturz eines Fabrikgebäudes in Rana Plaza mit mehr als 1100 Toten vor acht Jahren geschlossen hatten und der Ende August ausläuft. Nach Angaben der Beteiligten wurden im Zuge des Accord mehr als 120.000 Sicherheitsrisiken in knapp 1600 Fabriken behoben. Auch das neue Abkommen sei rechtlich bindend, heißt es. Der Fokus liege nun auch bei Gesundheit und Sicherheit sowie der Einhaltung von Standards durch die Industrie. Die Kontrolle soll das Ready Made Garments Sustainability Council (RSC) übernehmen, bei dem neben Gewerkschaften und Modeketten auch Fabrikbesitzer dabei sind. Das Abkommen tritt am 1. September in Kraft, dann sollen auch die beteiligten Modeketten bekanntgegeben werden. Bei der bisherigen Vereinbarung waren unter anderem Tchibo, Kik, Aldi oder H&M dabei. Gewerkschaftsvertreter in Bangladesch begrüßen das neue Abkommen. Nun sei aber wichtig, dass es auch entsprechend umgesetzt werde, sagte Babul Akhter von der Bangladesh Garments and Industrial Workers Federation. Von der Hamburger Otto Group heißt es, das Unternehmen habe das Abkommen unterzeichnet.
29. November 2021 Nach dem deutschen Lieferkettengesetz soll ein EU-Lieferkettengesetz der nächste Schritt für den Schutz von Menschenrechten und Umwelt

in den Lieferketten sein. Allerdings kommt es immer wieder zu Verzögerungen. Der ursprünglich für Juni 2021 geplante Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz verschiebt sich nun bereits zum dritten Mal, vermutlich in das Frühjahr 2022. Dagegen protestieren am „Internationalen Tag der Menschenrechtsverteidigerinnen“ 60 Zivilorganisationen, darunter Action Aid, Anti-Slavery International, CARE, Clean Clothes Campaign, Fairtrade, FIDH, Femnet, Human Rights Watch, Inkota, Oxfam, Pax, Südwind, Terre des femmes und OMCT.

7. Februar 2022 In einer Rangliste der wichtigsten Textilproduzenten setzt die Welthandelsorganisation WTO Bangladesch hinter China und Vietnam auf Platz 3. Bangladesch sei aus Sicht der Abnehmer vor allem ein Mittel, um die Beschaffung zu diversifizieren. Trotz großer Investitionen in die Sicherheit habe sich der Ruf der bangladeschischen Textilindustrie in dieser Hinsicht kaum verbessert. Niedrige Kosten sprächen dagegen aus Sicht der Abnehmer für Bangladesch.

Rohingya/Flucht und Verfolgung in Myanmar:

(siehe auch: Menschenrechte)

24. August 2021 UN Women Deutschland und UN-Flüchtlingshilfe erinnern anlässlich des Jahrestages der Flucht der Rohingya aus Bangladesch an das Schicksal der Betroffenen und fordern mehr Unterstützung. Besonders für Kinder und Frauen: Das Flüchtlingscamp Kutupalong in Bangladesch ist das größte der Welt, die überwiegend dort lebenden Rohingya gelten zudem als die größte staatenlose Gemeinschaft der Welt. Bangladesch selbst ist eines der Länder, die am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden. Trotz dieser beklemmenden Zahlen, bleibt das Schicksal der 2017 aus Myanmar geflohen Menschen weitgehend vor der Öffentlichkeit verborgen. "Viele Frauen sind in traditionellen Geschlechterrollen gefangen und von verlässlichen Informationen abgeschnitten. Sie haben so gut wie keine eigenständigen Einkommensquellen und viele sind traumatisiert, weil ihr Ehemann oder Familienmitglieder auf der Flucht getötet wurden. UN Women hat deshalb Manufakturen eingerichtet, in denen zahlreiche Frauen arbeiten und Geld für ihre Familien verdienen," so Elke Ferner, Vorsitzende von UN Women Deutschland. "Eine Grundschulzeit sollte für Kinder vier Jahre dauern, aber kein Kind darf so lange in einer Zeit der Unsicherheit und Not leben. Auch wenn die Krise der Rohingya aus den Schlagzeilen verschwunden ist, bleibt der Hilfsbedarf nach vier Jahren nach wie vor riesig," stellt Peter Ruhenstroth-Bauer, Geschäftsführer der UNO-Flüchtlingshilfe, dem nationalen Partner des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) fest. Dennoch konnten dank der Einsätze des UNHCR beispielsweise knapp 32.000 Kinder eingeschult werden beziehungsweise wieder zum Unterricht gehen.

29. September 2021 Im Flüchtlingslager Kutupalong wird Mohib Ullah (48) von maskierten Bewaffneten in seinem Büro erschossen. Der Vorsitzende der Arakan Rohingya Society for Peace and Human Rights vertrat die Rohingyas unter anderem 2019 im UN-Menschenrechtsrat. Amnesty International fordert vollständige Aufklärung und die Bestrafung der Verantwortlichen. Unter den Bedingungen des Lagers gebe es eine zunehmende Gewalt, wobei die bewaffnete Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) Versuche, sich die Macht anzueignen. Mohib Ullah hat die Interessen seiner 2017 vor den Streitkräften Myanmars nach Bangladesch geflohenen Landsleute auch international vertreten und versucht, Verbrechen an der Volksgruppe zu dokumentieren.

22. Oktober 2021 In einem Rohingya-Flüchtlingscamp in Bangladesch werden sieben Männer von Unbekannten erschossen. Vier von ihnen erliegen gleich am Tatort vor einer Islam-Schule ihren schweren Verletzungen, drei weitere im Krankenhaus. Die Toten seien Lehrer und Schüler der Schule gewesen. Das Tatmotiv sei noch unklar, sagt ein Polizeisprecher. Ein Verdächtiger sei festgenommen worden, nach weiteren mutmaßlichen Tätern werde noch gesucht. Die Tat geschah weniger als einen Monat, nachdem ein prominenter Rohingya-Anführer, der sich international für Menschenrechte eingesetzt hat, in dem überfüllten Lager ebenfalls von Unbekannten erschossen worden ist.
26. Oktober 2021 Der UNHCR, Hilfsorganisation der Vereinten Nationen für Geflüchtete, nimmt den Angriff auf ein Rohingya-Lager und den Tod von sieben Geflüchteten am 22. Oktober zum Anlass für einen erneuten Appell an die Behörden Bangladeschs. Sie haben die Pflicht, für die Sicherheit der Lagerbewohner zu sorgen, heißt es in der Presseerklärung.
3. November 2021 In Teknaf fahnden Polizisten nach der Leiche eines gesuchten Kommandeurs der Arakan Rohingya Salvation Army ARSA, nachdem sie von seiner Ermordung erfahren haben. Die United News of Bangladesh berichtete, dass der 32-jährige Mohammad Hashim am Vortag im Rohingya-Flüchtlingslager Whykong in Teknaf im Bezirk Cox's Bazar tot aufgefunden wurde. Unter Berufung auf Polizeiquellen berichtete die Nachrichtenagentur, Hashim sei einer der Drahtzieher hinter der jüngsten Ermordung des prominenten Rohingya-Führers Mohib Ullah, was die ARSA bestreitet.
7. Dezember 2021 Rohingya erstatten in Kalifornien Anzeige gegen Facebook wegen Hetze auf der Plattform und fordern umgerechnet 133 Milliarden Euro Schadenersatz. Die US-Anwaltskanzlei Edelson, die die Rohingya vertritt, wirft Facebook vor, nicht genug gegen Hass und Aufrufe zur Gewalt auf seiner Plattform gegen Rohingya in Myanmar getan zu haben. Durch Algorithmen sollen die gefährlichen Inhalte sogar noch eine größere Reichweite erhalten haben. Auch in Großbritannien soll Klage eingereicht werden. Facebook hatte bereits 2018 zugegeben, dass es in Myanmar «mehr zu tun» gebe, nachdem eine unabhängige Untersuchung bestätigt hatte, dass die Plattform teilweise für Hetzkampagnen missbraucht wurde.
10. Dezember 2021 Behörden zerstören im Flüchtlingslager tausend Läden von Rohingya. Sie seien illegal gebaut worden. Angeblich seien dort Unterkünfte geplant. Für viele Flüchtlinge waren die Läden Lebensgrundlage.
17. Dezember 2021 In der Tageszeitung taz berichtet der Rohingya Nurul Islam von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung, die er vor der Flucht aus Myanmar durch burmesische Soldaten erlitten hat.
18. Februar 2022 Der UNHCR fordert eine deutliche Verbesserung der Bildungsangebote für die Rohingya-Flüchtlinge, die nun schon im fünften Jahr in Bangladesch leben.

Im Ausland lebende Bangladeschi:

(siehe auch: Menschenrechte)

25. Februar 2022 Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine trifft auch dort lebende Studierende und Migrant*innen aus Bangladesch. Medien berichten über Klagen, dass sie Land nicht verlassen können.

Flüchtlinge aus Bangladesch:

(siehe auch: Bangladesch und die Europäische Union)

28. September 2021 Auf der Mittelmeerinsel Lampedusa stranden mehr als 700 Migranten, unter ihnen auch Kinder und Frauen. Sie kommen aus Marokko, Syrien, Bangladesch und Ägypten. Mit den Neuankömmlingen halten sich nun auf Lampedusa mehr als 1000 Migranten auf.
18. Oktober 2021 Die Deutsche Welle berichtet, dass nach dem Ende der Corona-Reisebeschränkungen Hunderte Bangladeschi, deren Asylantrag abgelehnt wurden, abgeschoben werden sollen. Darunter seien auch Asylbewerber, über deren Einspruch noch gar nicht entschieden wurde.

Entwicklungskooperation/Weltbank:

9. November 2021 Nach einem Bericht in „The Diplomat“ zielt Chinas „Neue Seidenstraße“ (BRI = Belt and Road Initiative) darauf ab, die regionale Zusammenarbeit durch die Schaffung von Wirtschaftspartnerschaften zu stärken. Für Bangladesch sei es ökonomisch sehr wichtig, seine Infrastruktur auszubauen. Der Rückzug der Weltbank aus der Finanzierung des bedeutenden Großprojekts Padma-Brücke veranlasste das Land, sich der BRI zuzuwenden. Bangladesch wurde 2016 Teil der BRI. China ist derzeit der größte Handelspartner von Bangladesch sowie Lieferant militärischer Ausrüstung. Außerdem wird Bangladesch im Rahmen der bilateralen Partnerschaft chinesische Investitionen in Höhe von über 40 Milliarden US-Dollar erhalten. Derzeit laufen neun Projekte im Rahmen der BRI in Bangladesch, darunter der Bangabandhu-Tunnel unterm Karnaphuli-Fluss und die Dasher Kandi-Kläranlage.
- Bangladesch unterhält gute Beziehungen zu China wie auch zu USA und Indien. Anfang 2021 erklärte Gowher Rizvi, Berater für internationale Angelegenheiten von Premierministerin Sheikh Hasina, dass Bangladesch Teil der BRI sei, aber auch Teil der "indopazifischen Beziehungen" sein wolle - eine Anspielung auf die indopazifische Politik der USA, die von Indien befürwortet wird und ein Gegengewicht zu China bilden soll.

Bangladesch und die Europäische Union:

7. Oktober 2021 Wegen aus Sicht der EU „unzureichender Zusammenarbeit“ bei der Rücknahme von Staatsangehörigen, die sich unerlaubt in der Europäischen Union aufhalten, wird die EU die Visa-Vergabe an Staatsangehörige des westafrikanischen Landes Gambia erschweren. Konkret kann die Bearbeitungszeit von Visa-Anträgen künftig deutlich länger dauern. Diplomaten sollen zudem nicht mehr von bestimmten Gebühren ausgenommen werden können. Auch die Möglichkeit, den Papierkram für bestimmte Antragsteller zu reduzieren, soll es nicht mehr geben. Die EU-Kommission hatte im Juli 2021 ursprünglich vorgeschlagen, dieses Vorgehen auch mit Blick auf Bangladesch und den Irak anzuwenden. Dazu laufen noch Verhandlungen.

Deutsch-Bangladeschische Beziehungen:

- (siehe auch: Menschenrechte, Textilindustrie, Gesundheit/Bevölkerungsentwicklung, Rohingya)
12. Februar 2021 Die Große Koalition einigt sich nach langen Debatten auf ein Lieferkettengesetz. Es verpflichtet Unternehmen zur Verantwortung gegenüber Menschenrechten und der Umwelt. Verstöße sollen durch eine Bundesbehörde kontrolliert werden. Bei Verstößen können Unternehmen mit Bußgeldern bestraft und von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Das Gesetz soll 2023 in Kraft treten und für Unternehmen ab 3000 Mitarbeiter*innen gelten.
19. April 2021 Aus Antwort auf die Katastrophe von Rana Plaza, die sich in diesen Tagen zum achten Mal jährt, ist noch 2013 der sogenannte Accord abgeschlossen worden. Der Vertrag sorgt für erhöhte Gebäudesicherheit (Statik, Elektrik und Brandschutz). Mehr als 1600 Textilfabriken wurden überprüft und die Arbeitssicherheit von zwei Millionen Arbeiter*innen verbessert. Doch nun droht das Aus des Accord. Es besteht die Gefahr, dass sich Firmen ihrer Verantwortung wieder entziehen, erklären die Clean Clothes Campaign (CCC) und Femnet. Beide Organisationen setzen sich für eine Verlängerung des Accord ein.
- Juli/August 2021 Achim Tröster (62) tritt sein neues Amt als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangladesch an. Tröster, in Dortmund geboren und Historiker, war zuletzt Botschafter in Benin. Seine Stationen beim Auswärtigen Amt waren davor Kongo, Spanien, Genf und Rumänien.
22. August 2021 Zwischen Chimbuk und Thanchi soll ein Fünf-Sterne-Hotel gebaut werden. Amnesty International unterstützt den Protest der indigenen Mro gegen die Vertreibung von ihrem Land mit einer Postkarten-Aktion.
26. August 2021 Amnesty International ist Mitveranstalter bei einer Kinoaufführung mit anschließender Diskussion im Kino "Endstation" in Bochum. Der Spielfilm "Made in Bangladesh" zeigt, wie eine junge Frau in Dhaka eine betriebliche Gewerkschaft gründet. Dabei geht es außer um die Bedingungen, unter denen in der dortigen Textilindustrie gearbeitet wird, auch um die Lebensbedingungen speziell junger Frauen in dem südasiatischen Land. Nach der Vorführung diskutieren Marc Schneider (IG Metall), Diskussionsleiter Markus Heißler (Eine Welt Zentrum Herne), Maike Drewenskus (Kampagne für Saubere Kleidung), Bernhard Hertlein (Amnesty International) und Vera Dwors (Evang. Kirche/Möwe). Weitere Aufführungen des Films folgen am 29. August erneut in Bochum, am 9. September in der Filmwelt Herne und am 16. September in der Schauburg Dortmund.
15. September 2021 Der Kurzfilm „Priyo (My Dear)“ des jungen Filmemachers und Fotografen Ishtiak wurde in Bangladesch verboten. Ishtiak erhielt Morddrohungen, lebt heute in Berlin. Nun läuft sein Film nach Angaben von Queeramnesty in der Berliner Ibn Rushd - Goethe Moschee am 15., 22. und 29. September jeweils im Vorprogramm dreier Filme der türkisch-norwegischen Regisseurin Nefise Özkal Lorentzen.
16. Oktober 2021 Beim diesjährigen internationalen Kinderfilmfestival «Schlingel» geht der Hauptpreis der Sächsischen Landesmedienanstalt an den Film «Rickshaw Girl» aus Bangladesch. Um Geld für ihre Familie zu verdienen, gibt sich das Mädchen Naima als Junge aus und wird

Rikschafahrer. Der «Schlingel» versteht sich als internationales Filmfestival für Kinder und junges Publikum.

15. November 2021 Auf der Homepage des „Bündnis für nachhaltige Textilien“ werden Berichte von 36 Mitgliedsunternehmen über die Umsetzung von menschenrechtlichen sowie Umwelt- und Korruptions-bezogenen Sorgfaltspflichten veröffentlicht. Weitere Berichte werden folgen. „Unternehmen, die anhand einer Risikoanalyse und mittels einer Roadmap begonnen haben, Sorgfaltspflichten umzusetzen, haben sich gleichzeitig auf die Anforderungen eines Lieferkettengesetzes vorbereitet. Keinesfalls ist dies schon ausreichend, denn bisherige Berichts- und Auditsysteme sind nur teilweise Hilfsmittel für eine ambitionierte Erfüllung der Leitlinien der Vereinten Nationen oder der OECD sowie des Sorgfaltspflichtengesetzes,“ erklärt Berndt Hinzmann vom Netzwerk Inkota. Kritisiert wird, dass einige Unternehmen seit Anlaufen des Review-Prozesses das Textilbündnis verlassen haben, darunter Peppermint Holding, Kaya & Kato, Trigema und Wilox Strumpfwaren.
30. Januar 2022 Deutschland stuft Bangladesch ab sofort aufgrund der pandemischen Entwicklung als Hochrisikogebiet ein. Für Personen, die sich in den letzten zehn Tagen vor Ihrer Einreise in die Bundesrepublik Deutschland in Bangladesch aufgehalten haben, gilt eine zehntägige Pflicht zu häuslicher Quarantäne. Diese kann vorzeitig beendet werden, wenn ein Genesenennachweis, ein Impfnachweis oder ein negativer Testnachweis vorgelegt wird.
3. März 2022 Bundesweiter Kinostart für "Was tun". In dem Dokumentarfilm schildert Regisseur Michael Kranz das Leben von Prostituierten und ihren Kindern in Bangladesch. Die Erlebnisse und Erfahrungen, die er vor Ort gemacht hat, brachten ihn zur Gründung des Bondhu-Fördervereins.